

Zunächst wies Herr Lübken nochmals auf die Verfahrensweise hin, dass hier und heute entsprechende Vertreter/Mitglieder benannt werden sollen, die dann die Projektgruppe bilden, die dann die Erstellung des kommunalen Aktionsplanes Inklusion begleiten soll.

Herr Lienesch schlug vor, dass die Fraktionen je einen Vertreter nach eigener Wahl entsenden sollten.

Frau Bergmann-Gries schloss sich den Ausführungen von Herrn Lienesch an. Ebenso schlossen sich Herr Haacke und Herr Willnecker diesem Vorschlag an. Auf Nachfrage führte Herr Lübken aus, dass ein Vertreter und kein Stellvertreter dieser Projektgruppe angehören sollten.

Für die FDP-Fraktion wurde Herr Willnecker benannt.

Für die SPD-Fraktion wurde Frau Domscheit benannt.

Für die CDU-Fraktion wurde Herr Lienesch benannt.

Der Ausschussvorsitzende schlug dann vor, dass die Vertreter der beiden anderen Fraktionen, die noch keinen Vertreter heute benannt haben, dies in Kürze der Verwaltung mitteilen sollten.

Ferner schlug er vor, dass der Beschluss wie folgt gefasst werden sollte:

„Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration stimmt der Bildung der Projektgruppe, die die Erstellung des kommunalen Aktionsplanes Inklusion begleiten soll, zu.

Die Projektgruppe setzt sich zusammen aus:

den beiden ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten,
je einem Vertreter der im Rat vertretenden Fraktionen,
Vertretern des Karren e.V, der Lebenshilfe, der Stiftung Hephata, der Arbeiterwohlfahrt und des Integrationsfachdienstes des Insel e.V. sowie Vertretern der Verwaltung.“

Herr Lübken schlug daraufhin vor, dass heute Abend die sogenannten „Fachvertreter“ nicht abschließend benannt werden sollten, da die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten noch einmal prüfen möchte, ob nicht noch Vertreter aus anderen Gruppen (z.B. Gehörlose, Sehbehinderte etc.) in diese Projektgruppe benannt werden.

Herr Montexier schlug daraufhin vor, dass auch ein Vertreter aus jeder Liste des Integrationsrates benannt werden sollte.

Herr Lübken vertrat daraufhin die Auffassung, dass diese Projektgruppe möglichst „klein“ gehalten werden sollte, um auch ein effektives Arbeiten zu ermöglichen. Deswegen könne er sich mit einem Vertreter des Integrationsrates nicht einverstanden erklären, sondern die Vertreter des Integrationsrates werden bedarfsweise

hinzugezogen. Diesem Vorschlag stimmte Herr Montexier zu.

Im Verlauf der weiteren Aussprache wurde einvernehmlich festgelegt, dass, wenn Themen zur Beratungen anstehen, bei denen auch entsprechende Fachvertreter hinzugezogen werden sollten und auch der Integrationsrat angesprochen sein könnte, dass dann dieser Personenkreis zusätzlich zu diesen Sitzungen eingeladen werden sollte.

Dann unterbreitete der Ausschussvorsitzende einen erneuten Beschlussvorschlag, in dem die Verbände, Einrichtungen nicht abschließend namentlich genannt werden sollten.

Dieser Vorschlag lautet wie folgt:

„Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration stimmt der Bildung der Projektgruppe, die die Erstellung des kommunalen Aktionsplanes Inklusion begleiten soll, zu.

Die Projektgruppe setzt sich zusammen aus:

den beiden ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten,
je einem Vertreter der im Rat vertretenden Fraktionen,
Vertretern entsprechender Fachverbände/Institutionen/Einrichtungen sowie Vertretern der Verwaltung.“

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: